

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fortsetzung des Engagements der Bundesregierung für den Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Internationale Afghanistan Konferenz „Afghanistan und die Internationale Gemeinschaft – eine Partnerschaft für die Zukunft“, Berlin, 31. März und 1. April 2004: Ausdruck des Bemühens um Kontinuität und Kohärenz deutscher Afghanistanpolitik.

Mehr als zwei Jahre sind seit dem Abschluss des Petersberg-Abkommens zu Afghanistan sowie der Geberkonferenz in Tokio zum Wiederaufbau vergangen. Inzwischen wurde eine neue, demokratische Verfassung verabschiedet und erste, deutliche Wiederaufbauerfolge sind sichtbar. Mit den bevorstehenden Wahlen wird der letzte der im Petersberg-Abkommen vom 5. Dezember 2001 vereinbarten Schritte gemacht.

Nach fast 25 Jahren grausamen Kriegs und Bürgerkriegs ist es gelungen, wesentliche Grundlagen für eine zukunftsgerichtete, friedliche und demokratische Entwicklung in Afghanistan zu legen. Im Weiteren wird es darum gehen, auf diesem Fundament im Sinne der Ziele des Petersberg-Abkommens den Transformationsprozess voranzubringen und, nach Abschluss der Phase humanitärer Hilfe, den Wiederaufbau im Rahmen einer neuen Partnerschaft zwischen afghanischer Regierung und internationaler Gemeinschaft zu verankern. Nach der Durchführung von Wahlen wird zentrale Herausforderung für die nächsten Jahre die konsequente Fortsetzung der Sicherheitssektorreform sein. Ihre Umsetzung ist entscheidend für Sicherheit und Stabilität des Landes. Der fortgesetzte Einsatz von ISAF, jetzt unter NATO-Führung, und die Schaffung von Regionalen Aufbauteams (PRTs), darunter unter deutscher Leitung das PRT Kunduz sowie die Eröffnung der Außenstelle der deutschen Botschaft in Herat, leisten dazu wichtige Beiträge. Der Kampf gegen die Drogen hat zwar begonnen, muss aber intensiviert werden und bleibt eine langfristige Aufgabe. Die afghanische Regierung muss insbesondere dringend eine nationale Drogenbekämpfungsstrategie entwickeln und diese gemeinsam mit Großbritannien als Führungsnation für diesen Bereich umsetzen.

Die begonnenen Reformen des Verteidigungs- und Innenministeriums sowie des nationalen Nachrichtendienstes müssen fortgesetzt und vertieft werden. Der Aufbau der multiethnischen afghanischen Armee hat gute Fortschritte gemacht, ebenso der Polizeiaufbau. Unter deutscher Führung wurden erste Grundlagen für eine professionelle, Demokratie und Menschenrechten verpflichtete Polizei gelegt.

Trotz aller noch zu lösenden Aufgaben, sind jetzt wichtige Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und Stabilität und für verlässliche und selbsttragende demokratische Strukturen in Afghanistan gegeben. Als nächster Schritt müssen die Bedingungen für freie und faire Wahlen geschaffen werden. Ferner wird es darauf ankommen, die neue Verfassung in ganzer Breite umzusetzen, die nationale Aussöhnung zu fördern und der effektiven Durchsetzung von Menschenrechten und insbesondere der gleichberechtigten Stellung der Frau in der neuen afghanischen Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Wiederaufbaubemühungen der internationalen Gemeinschaft müssen noch stärker in den Provinzen zum Tragen kommen, um allen Afghanen eine positive Perspektive aufzuzeigen.

Deutschland und Afghanistan haben gemeinsam zu einer internationalen Afghanistan Konferenz am 31. März und 1. April 2004 nach Berlin eingeladen. Ziel der Konferenz muss es sein, den weiteren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsweg Afghanistans zu beschreiben und die anhaltende Unterstützung der internationalen Gemeinschaft dafür auch nach dem Abschluss des Bonn-Prozesses zu erneuern. Der Wiederaufbau Afghanistans bleibt auch in der Zukunft eine Aufgabe für die ganze internationale Gemeinschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bevorstehende internationale Konferenz zu Afghanistan in Berlin dazu zu nutzen,
 - das anhaltende Engagement der Bundesregierung für den Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess in Afghanistan zu bekräftigen und eine neue signifikante Unterstützungszusage, mindestens jedoch eine Fortsetzung in Höhe der bisherigen Zusage in Höhe von 80 Mio. Euro jährlich für die nächsten Jahre zu machen,
 - im Vorfeld und während der Konferenz bei der internationalen Gemeinschaft für ein fortgesetztes Engagement beim Wiederaufbau und der Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan zu werben und die Bereitschaft dazu auf der Konferenz deutlich zum Ausdruck zu bringen,
 - die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft aufzufordern, gemeinsam die notwendigen Voraussetzungen für die Abhaltung von freien und fairen Wahlen in Afghanistan in diesem Jahr zu schaffen,
 - auf eine noch bessere und effektivere Nutzung bestehender Koordinierungsmechanismen im bilateralen und multilateralen Rahmen hinzuwirken und insbesondere auf eine noch bessere Verzahnung der Aktivitäten im Bereich Sicherheitssektorreform hinzuwirken;
2. sich verstärkt für die Förderung von Frauen- und Menschenrechten in Afghanistan einzusetzen und in diesem Zusammenhang die Umsetzung der neuen Verfassung zu fördern sowie die afghanische unabhängige Menschenrechtskommission weiterhin in ihrer Arbeit zu unterstützen;
3. in Vorbereitung der Wahlen gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der EU und den VN, unter Einbeziehung von Akteuren der sich entwickelnden afghanischen Zivilgesellschaft einen koordinierten Wahlbeobachtungsprozess in Gang zu bringen;
4. die enge Abstimmung der Ressorts der Bundesregierung im Rahmen des deutschen Engagements in Afghanistan fortzuführen, um deutsche Unterstützungsmaßnahmen in allen Bereichen so effektiv wie möglich zu gestalten;
5. sich für die Umsetzung des PRT-Konzeptes im Rahmen des ISAF Mandates – wo möglich nach dem Kunduz-Modell – einzusetzen, um mehr Stabilität

- und Sicherheit in den Provinzen für Wiederaufbau und die Durchführung der Wahlen zu schaffen und die Zentralregierung in der Fläche zu stärken;
6. das fortgesetzte und auf die Provinzen Afghanistans ausgeweitete deutsche Engagement für den Aufbau der afghanischen Polizei zu bekräftigen;
 7. sich verstärkt gemeinsam mit Partnern in der Region um Konzepte zur politischen Stabilisierung der paschtunischen Gebiete, insbesondere in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion auf beiden Seiten der Grenze, zu bemühen;
 8. die afghanische Regierung und Großbritannien als Führungsnation bei der Erarbeitung und Umsetzung einer Drogenbekämpfungsstrategie zu unterstützen und gemeinsam mit anderen Partnern entwicklungspolitische Maßnahmen zur Schaffung alternativer Einkommensquellen zu ergreifen.

Berlin, den 24. März 2004

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

